

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9036/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Hermann Scheer
MdB zur Abrüstungs-
initiative von US-Präsi-
dent Bush: Warum
noch Atomabschrek-
kung für die NATO?

Seite 1

Eckart Kuhlwein MdB
zum Erfordernis neuer
Ansätze in der ent-
wicklungspolitischen
Bildung: Die "Eine Welt"
in den Blick nehmen.

Seite 2

Dagmar Roth-Behrendt
MdEP zum Welttier-
schutztag: Die Tiere als
Lebewesen achten.

Seite 4

Dokumentation

Renate Schmidt, Vize-
präsidentin des Deut-
schen Bundestages,
sprach bei der Vorstel-
lung des Buches "Lyrik
gegen das Vergessen -
Gedichte aus Konzen-
trationslagern". (Teil II
und Schluß)

Seite 5

46. Jahrgang / 188

1. Oktober 1991

Warum noch Atomabschreckung für die NATO? Zur Abrüstungsinitiative von US-Präsident Bush

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und
Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages

Die vom amerikanischen Präsidenten Bush eingeleiteten atomaren Abrüstungs- und Rüstungskontrollschritte sind ein langer überfälliger großer Ruck - ein Ruck, auf den man beim erst im Sommer abgeschlossenen START-Abkommen vergeblich wartete. Alle angekündigten atomaren Abrüstungsschritte der USA sind zu begrüßen - aber ungeteilten Beifall verdienen die damit verbundenen Perspektiven nicht.

Positiv ist vor allem, daß der amerikanische Präsident darauf verzichtet hat, alle seine Schritte in der Atomrüstung von umständlichen und langwierigen Verhandlungen abhängig zu machen. In der Tat ist die internationale Lage reif für einseitige Schritte, weil nur so die notwendige Abrüstungsdynamik in Gang gebracht werden kann. Insofern ist Bush in seinen Handlungen mehr auf der Höhe der Zeit als all diejenigen, die sich Abrüstung nur über den Weg von jahrelangen Verhandlungen vorstellen konnten - an deren Ende gerade so viel Abrüstung vereinbart wurde, wie seit Beginn der Verhandlungen an neuer Rüstung hinzugekommen war.

Doch gibt es auch Elemente in den Plänen der amerikanischen Regierung, wo schwerwiegende kritische Einwände angebracht sind. Diese beziehen sich vor allem auf folgende Punkte:

1. Nach wie vor weigert sich die amerikanische Regierung, sich auf einen vollständigen Stop aller Atomversuche einzulassen. Dieser Stop ist aber unerlässlich - entspricht er doch dem Ziel, das bereits Präsident Kennedy hatte und seinerzeit an der Bereitschaft der Sowjetunion scheiterte, einen solchen Stoß kontrollieren zu lassen.
2. Nicht akzeptabel ist die Ankündigung, daß die atomare Abschreckungstirade der NATO fortgeführt werden soll. Wer dies akzeptiert, der würde damit automatisch die Zustimmung geben für das Programm für neue luftgestützte Atomraketen. Es gibt aber keinen triftigen Grund, warum sich die NATO-Strategie weiter auf die atomare Abschreckung stützen soll. Dieser Ansatz muß aufgegeben werden - und es sind die europäischen NATO-Staaten, die jetzt gefordert sind, hier endlich einen Schritt zu machen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Keinzigster Einsatz
mit wertvoller Kameradre-
ckung-Polizei



3. Nicht akzeptabel sind die neuen Strategieüberlegungen, die den Schwerpunkt künftig auf die Bereitstellung von weltweit operationsfähigen Interventionsstreitkräften legen und sich hier am Beispiel des Golf-Krieges orientieren. Die Erfahrungen des Golfkrieges zeigen, daß eine adäquate Zukunftsstrategie vor allem in einer rigorosen Einschränkung von Rüstungsexporten und in einer globalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstrategie liegen kann. Was hier - unter anderem wegen der Fixierung auf kostspielige militärische Konfliktlösungen - versäumt wird, kann militärisch nicht nachträglich auf vernünftige Weise ausgeglichen werden.
4. Die Erwartung muß angesprochen werden, daß alle Atommächte - in Verbindung und auf der Basis der jetzt eingeleiteten großen Einschnitte in der Atomrüstung - zu einer Verhandlung zusammenfinden, um über die Voraussetzungen und Schritte einer generellen Abrüstung aller Atomwaffen zu sprechen. Nur so läßt sich der Widerspruch überwinden, daß einerseits die Verbreitung von Atomwaffen auf weitere Länder verhindert werden soll, andererseits aber die jetzigen Atommächte auf dem Besitz von Atomwaffen prinzipiell beharren.

(-/1. Oktober 1991/rs/tr)

Die "Eine Welt" in den Blick nehmen

Zum Erfordernis neuer Ansätze in der entwicklungspolitischen Bildung

Von Eckart Kuhlwein MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Zusammenhänge und Abhängigkeiten in der Welt sind so komplex geworden, daß das einzelne Individuum allein kaum noch in der Lage ist, daraus für sich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die Überfülle der Informationen kann kaum noch sinnvoll verarbeitet, geschweige denn in Zusammenhänge gebracht werden. Die wachsende Menge an Katastrophenbildern, Kommentaren und Nachrichten dazu scheint unser Bewußtsein nicht mehr zu schärfen, sondern abzustumpfen, das Wissen um den einen Gegenstand wird vom Wissen um den anderen wieder verschüttet. Dies mögen einige der Gründe dafür sein, daß globale Denkansätze in fast allen Bereichen der Gesellschaft nur wenig ausgeprägt sind. Dabei ist die Bereitschaft in weiten Teilen der Bevölkerung, wenigstens einen gewissen Anteil am Schicksal der Menschen in der "Dritten Welt" zu nehmen, durchaus vorhanden, wie die Spendenaktionen der letzten Jahre gezeigt haben.

Am stärksten wurde das Bewußtsein für die Probleme der "Einen Welt" in den letzten Jahren jedoch durch Erkenntnisse über ökologische Zusammenhänge geprägt. Die Bedrohung durch grenzüberschreitende Umweltkatastrophen kann aber nur der Anstoß und Anfang für die Entwicklung eines neuen Verständnisses der "Einen Welt" sein. Zu diesem Begriff gehören vielmehr auch Völkerverständigung, kulturelle Vielfalt, Gleichberechtigung, Solidarität und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. "Eine Welt" bedeutet deshalb nicht mehr und nicht weniger als die Entwicklung einer neuen globalen Ethik, eine Veränderung des ganzen menschlichen Bewußtseins, ohne die der Mensch die Macht, über die er heute verfügt, nicht verantwortlich wird verwalten können.

Für das Überleben der Menschheit werden Schlüsselqualifikationen benötigt, die in allen Bereichen des Bildungswesens übermittelt werden müssen. Diese reichen von rationaler und friedlicher Konfliktaustragung über die Fähigkeit zum Leben in einer multikulturellen Gesellschaft, Konsumverzicht, ökologische Verantwortlichkeit, Solidarität, Aufnahmebereitschaft für andere Kulturkreise bis hin zur Fähigkeit zum aktiven politischen Handeln und Mitgestalten.

Gemessen an der gewaltigen Herausforderung sind die bildungspolitischen Bemühungen ungenügend, das erforderliche Problembewußtsein und die notwendigen Qualifikationen in allen

Bereichen des Bildungswesens zu vermitteln. Es gibt eine verdienstvolle, immer wieder durch Bundesrechnungshof und die Eitelkeiten ministerieller Selbstdarstellung bedrohte Praxis der Förderung entwicklungspolitischer Bildung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz. Diese beschränkt sich jedoch ausschließlich auf den Bereich der allgemeinbildenden Schule. Andere Felder der Bildungspolitik, in denen der Bund eigene politische Verantwortung trägt, sind bis heute ausgeschlossen. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft jedenfalls hat noch keinen entsprechenden Schwerpunkt gesetzt.

Die SPD-Fraktion wird deshalb Vorschläge erarbeiten, wie die entwicklungspolitische Bildung durch Initiativen des Bundes stärker als bisher im Bildungswesen verankert werden kann. Dazu gehören zum Beispiel:

1. Das Bundesinstitut für Berufsbildung, sollte zunächst in wissenschaftlichen Tagungen, klären, wie die Fragen der "Einen Welt" in die Ausbildungsordnungen integriert werden können. Ziel müßte es sein, überall in der beruflichen Bildung Kenntnisse über globale Zusammenhänge und die Fähigkeit zum entsprechenden individuellen und gesellschaftlichen Handeln zu vermitteln. Diese entwicklungspolitische Bildung könnte immerhin 70 Prozent der Jugendlichen erreichen.
2. Bundesinstitut für Berufsbildung, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen könnten gemeinsam berufsspezifische und berufsübergreifende Bausteine für die berufliche Weiterbildung entwickeln, die den Trägern angeboten werden.
3. Die Liste der vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft geförderten Modellbereiche der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung könnte um den Bereich Dritte-Welt-Bildung ergänzt werden.
4. Zu den vielen auch in den Schulen vom Bund geförderten Wettbewerben sollte künftig auch ein Wettbewerb "Jugend und Dritte Welt" gehören. Dies könnte die Basis an den Schulen vorbereiten helfen und gleichzeitig Öffentlichkeit herstellen.
5. Die Programme des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit für die entwicklungspolitische Bildung müßten aufgestockt werden - notfalls zu lasten der Öffentlichkeitsarbeit des Hauses. Die SPD hält daran fest, daß entwicklungspolitische Bildung durchaus auch Aufgabe des Bundes ist. Wir brauchen eine Aufstockung dieser Bildungsarbeit auch deshalb, weil es in den neuen Ländern offenbar trotz aller eingeleuteten Bekenntnisse zur internationalen Solidarität einen erheblichen Nachholbedarf an multikultureller Toleranz, an Bewußtsein über die wirklichen Weltprobleme und an verändertem Verhalten beim Schutz der natürlichen Ressourcen gibt.
6. Die Europäische Gemeinschaft, die in der Bildungspolitik in den vergangenen Jahren eine Fülle von neuen Programmen geschaffen hat, sollte ein solches auch für die Zusammenarbeit mit der "Dritten Welt" auflegen. Die Bundesregierung sollte dazu in Brüssel die Initiative ergreifen.

Die Liste solcher Vorschläge wird sich sicherlich noch verlängern lassen. Dabei wird es entscheiden darum gehen, daß die Frage der "Einen Welt" integrierter Bestandteil jeder Form von Bildung wird. Dies wird ein langer und mühsamer Weg werden. Umso wichtiger ist es, daß wir die nächsten Schritte gehen, solange die Änderung von Verhalten und Bewußtsein noch die Chance bietet, die endgültige Zerstörung der Welt zu verhindern.

(-/1. Oktober 1991/rs/fr)

Die Tiere als Lebewesen achten
Forderungen zum Welttierschutztag (4. Oktober)

Von Dagmar Roth-Behrendt MdEP
**Sprecherin der Sozialistischen Fraktion im Umweltausschuß des Europäischen
Parlaments**

Wir alle kennen sie: Die traurigen Augen von unterernährten, ausgesetzten Hunden oder die verängstigte Gestalt einer Kuh, die mit hundert anderen in einer Aufzuchtanstalt zusammengepfercht lebt. Muß das so sein? Ich bin der Überzeugung: Nein!

Aber: Tiere brauchen Menschen, die sich lautstark für sie zu Wort melden, und Gesetze, die ihnen ein lebenswertes Leben sichern. Der Umgang mit Tieren, ob privates Haustier oder kommerziell gehaltenes Nutztier, spiegelt die Achtung beziehungsweise Mißachtung wieder, die wir anderen Lebewesen entgegenbringen.

Diese Achtung drückt sich auch in unseren Gesetzen zum Tierschutz aus. Aber nicht nur hier, denn: Tierschutz kann man nicht entkoppelt von der Umwelt betrachten. Zusammen mit dem ebenso notwendigen Naturschutz ist beides Bestandteil für einen zukunftsweisenden Umweltschutz. Wir Menschen greifen durch unsere Lebensweise in groben Ausmaßen in den sensiblen Naturkreislauf ein. Es gilt hierbei zu bedenken, daß Tiere - wie wir - in diesem Kreislauf Funktionen haben, die das Gleichgewicht erhalten. Es ist höchste Zeit, ein besseres Verständnis für das Zusammenwirken der Lebewesen zu entwickeln - für unser Leben.

Nur ein Beispiel ist die Thunfisch-Fischerei: Mit riesigen Schleppnetzen werden Thunfische aus dem Meer geholt, aber auch Delphine und andere Lebewesen verfangen sich in den Netzen und verenden. Der oft nicht mehr zu regulierende Schaden, der dem Lebensraum Meer dadurch zugefügt wird, steht in keinem Verhältnis zu dem Ertrag der Fischerei-Industrie.

Die Ansicht, daß das Töten von Tieren für Luxus-Artikel ethisch und moralisch verwerflich ist, setzt sich in Europa mehr und mehr durch. Auswirkungen auf die alltäglichen Erscheinungen der Tierquälerei, zum Beispiel bei der Massentier-Haltung in der Landwirtschaft, hat diese Erkenntnis jedoch noch nicht.

Unwürdige Massentierhaltung in der Landwirtschaft wird in diesem Zusammenhang oft unter wirtschaftlichen Faktoren gesehen. Die quantitative Produktion steht im Vordergrund. Es kommt meist nicht auf die Qualität der Produkte, sondern auf ihre Masse an. Der Zwang zur Kostensenkung, um ein angemessenes Einkommen zu sichern, zieht den scheinbar notwendigen technischen Fortschritt nach sich, der immer "perfekter" Massenproduktion möglich macht.

Adäquat zu dieser Haltung werden Nutztiere auch bei dem Transport lediglich als Massenprodukte behandelt; Engste Raumverhältnisse, oft keine Tränkzeiten, Transporte über 40 Stunden. Dem Stoß der Tiere wird mit Medikamenten und nicht mit besseren Transportbedingungen entgegengewirkt. Die Einführung einer begrenzten Transportzeit ist als Minimalforderung unerlässlich.

Was also müssen wir ändern?

Um eine tierechte Haltung durchzusetzen, ist der Wandel von einer intensiven zu einer extensiven Landwirtschaft notwendig. Dies bedeutet vor allem eine Umorganisation der Subventionsregelungen. Die Produkt-Subventionen sorgen dafür, daß die Bauern so viel produzieren, wie sie können. Würden Gelder jedoch losgelöst von Produkten gezahlt werden, ständen die Bauern nicht mehr unter diesem quantitativen Druck. Die bisherige Subventionierungs-Politik hat die Grenzen der Bezahlbarkeit erreicht. Neue Wege sind unumgänglich.

Dabei ist die extensive Landwirtschaft für uns, die Verbraucher, positiv. Sie bedeutet eine höhere Qualität der Lebensmittel. Tiere, die artgerecht gehalten und ernährt werden, liefern gesündere Lebensmittel - ohne Hormon- oder sonstige Arzneimittel-Rückstände.

Es sind also nicht nur ethische und moralische Gründe, die für einen anderen Umgang mit Tieren aufzuführen sind.

Der Tierschutz in der Landwirtschaft, aber auch für alle anderen Tiere, muß europaweit geregelt werden. Die bestehenden und neu zu schaffenden Richtlinien und Gesetze sollten als Grundhaltung die Achtung vor allen Lebewesen - also auch vor den Tieren - widerspiegeln. Der Welttierschutztag kann hier nur Anlaß sein, sich dies bewußt zu machen. In unserem täglichen Leben können und sollten wir immer wieder für die Achtung vor den Lebewesen eintreten.

(-/1. Oktober 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Renate Schmidt: Das Leiden läßt sich nicht objektivieren (Teil II und Schluß)

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Renate Schmidt, hielt anläßlich der Vorstellung des Buches "Lyrik gegen das Vergessen - Gedichte aus Konzentrationslagern" (herausgegeben von Michael Moll und Barbara Weiler MdB) am 26. September 1991 in Bonn eine Ansprache, die wir in zwei Teilen dokumentieren.

Mehr als alle "Fakten", die wir im Schulunterricht den Nachgeborenen vermitteln, zeigen uns diese Verse im Angesicht des Todes, wozu Menschen fähig sind - im Guten und im Bösen. Sie zeugen von Bestialität, sie zeugen auch von Größe, von Verzweiflung und Gottergebenheit. Zeugnisse von Juden und Christen, von Arm und Reich sind hier zusammengetragen, von Männern, Frauen und Kindern. So unterschiedlich sie sind, sie sagen uns vor allem eins: Der Mensch ist im Guten und im Bösen zum Extrem fähig. Wenn es überhaupt eine Chance gibt, die Macht der Gewalt, des Verwerflichen, der Brutalität und des Unrechts, man kann auch schlicht sagen, die Macht des Bösen, in unserer Geschichte zu verringern, dann nur, wenn wir die Zeugnisse bestialischer Exzesse bewahren und wenn wir die Gefühle der Gequälten und der Entrechteten bewahren.

Wir kennen nicht die Gefühle der Gequälten anderer Epochen. Wir haben durch diese Zeugnisse eine historisch einmalige Chance. Seit fast 50 Jahren hätten wir diese Chance. Ich will gar nicht bewerten, ob die Zeit bisher noch nicht reif war. Ich stelle nur fest, daß erst heute, dank der akribischen Forschung von Michael Moll, der die Lyrik der Opfer zum Thema seiner Dissertation gemacht hat, einer breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben ist, nachzuempfinden - denn Lyrik erzeugt mehr noch als andere Formen der Dichtung Nach-Empfinden in uns - nachzuempfinden, was Unrecht aus Menschen macht.

Und aus dem Nachempfinden darf nicht bloß ein Schauer folgen, ein sich Abwenden. Unser Handeln erst wird der Nachweis dafür sein, ob wir etwas von dieser existentiellen Menschheitsproblematik begriffen haben und zu diesem - bekennden - Handeln zähle ich ganz konkret die Fragen: Wie verhalten wir uns in der Frage der NS-Opfer-Entschädigung? Auch: Wie verhalten wir uns in der Frage der Hilfe für Verfolgte in unserer Gegerwart?

Meine Damen und Herren, die Wiedergutmachungsdiskussion in der Bundesrepublik ist kein finanzielles Problem, ich halte sie für ein mentales Problem. Wir wollen vergessen - aber schon das "Vergessenwollen" macht die scheinbar Unbeteiligten, die Nachgeborenen zu Tätern. Wir dürfen nicht vergessen, weil damit die Verbrechen der Nationalsozialisten fortgesetzt würden.

Manche Opfer haben das geehrt. Richard Zach zum Beispiel hat im Lager vor 50 Jahren geradezu prophetisch geschrieben: "Sie werden wieder um den Grenzstein stritten, bunte Fetzen hängen, von Not, die wir ertrugen, nichts mehr wissen, Staub wird sich legen über unsere Spuren."

Meine Tätigkeit im Deutschen Bundestag für die Entschädigung bisher "vergessener NS-Opfer" hat mich gelehrt, daß wir uns scheinbar wirklich nicht "erinnern". Wir gedenken pflichtgemäß, doch dann, in der Praxis, fragen wir bei den Opfern akribisch nach, ob sie dem deutschen Sprachkreis angehören, ob auch im Ausland wohnhafte Geschädigte Anspruch auf Leistungen für NS-Verfolgte haben, wie lange, wie sehr und wo sie gelitten haben, ob und welche Schäden sie davongetragen haben. Ich will, daß wir den wenigen überlebenden Opfern jetzt helfen, schnell und unbürokratisch. Ich habe die Hoffnung, daß, je mehr Menschen sich auch mit Hilfe des heute vorgestellten Buches "erinnern", sich dann auch Menschen finden, die dieses Erinnern in Handeln umsetzen.

Dies ist auch notwendig, wenn es um heute Verfolgte geht, wenn es um unseren Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen aus anderen Gründen geht, um neu aufkeimenden Nationalismus, der aber auch gar nichts mit Heimatliebe zu tun hat, sondern nur aus der Abgrenzung zu anderen entsteht.

Rechtsradikalismus, Neonazismus und Faschismus leben von der Unaufgeklärtheit von Menschen und werden gedüngt mit ihrer Not.

Die daraus entstehende Gewalttätigkeit kann nur gedeihen, wenn Menschen nicht mehr als Individuen gesehen werden, sondern anonymisiert, zu abstrakten Begriffen gemacht werden.

Wir Deutschen haben allen Anlaß, Asylrecht nicht als Gnadenakt, sondern als Anspruch für politisch Verfolgte zu sehen.

Die Einigkeit der Demokraten erfordert es in meinen Augen, dem Populismus zu widerstehen, konkrete Lösungen anzubieten und gemeinsam darauf hinzuweisen, daß es für manche Probleme keine Patentlösungen gibt. Dazu gehört das Problem der weltweiten Flüchtlingsbewegung - 15 Millionen Menschen befinden sich jährlich auf der Flucht vor Folter, Krieg, Katastrophen, Hunger und Armut.

Deshalb haben heute die Politiker und Politikerinnen aller demokratischen Parteien die Aufgabe aufzuklären und nicht Emotionen zu schüren, Not zu wenden und nicht zuzulassen, daß vergessen wird, daß es sich bei Asylsuchenden - auch bei sogenannten Wirtschaftsasylanten - um einzelne unverwechselbare Menschen handelt, die unabhängig, ob sie bei uns bleiben können oder nicht, in der Zeit ihres Hierseins das Recht haben, vor Gewalt geschützt zu werden. Dazu zu schweigen, ist unserer Geschichte und unserer Demokratie unwürdig.

Auch in dieser aktuellen Diskussion kann das Buch "Lyrik gegen das Vergessen" Bewußtsein bilden, die andere Sicht der Dinge helfen zu erreichen. Deshalb beglückwünsche ich die Herausgeberin und den Herausgeber und wünsche dem Buch eine große Verbreitung.

(-/1. Oktober 1991/rs/fr)
